

Zurück zum christlichen Menschenbild

Vorbild ist erste Bürgerpflicht –
Die „Kümmerer“ werden gebraucht

Lieber Mitglieder und
Freunde der Senioren-
Union,

Der Bundestagswahlkampf ist beendet. Eine neue, schwarz/gelbe Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Aussagen, die vor der Wahl gemacht wurden, gilt es in die Tat umzusetzen, auch von solchen Politikern, die den Mund etwas voll genommen haben.

Man kann unserer Bundeskanzlerin und Bundesvorsitzenden Angela Merkel nur wünschen, dass sie mit glücklicher Hand die widerstreitenden Interessen in der neuen CDU/CSU/FDP-Koalition zum Wohle unserer Bevölkerung und im Sinne christlich liberaler Politik zusammenführt. Das gilt auch und



Rolf Reinemann

besonders für die Seniorenpolitik: „Eine Gesellschaft verarmt, wenn sie den Sinn für die Würde des Alters verliert und auf den Schatz reicher Erfahrungen und Einsichten verzichtet“, sagte Helmut Kohl auf der Gründungsversammlung der Senioren-Union vor 20 Jahren in Bonn. Heute gilt diese Feststellung mehr denn je.

Bei der Bundestagswahl 2009 haben die über 60jährigen mit 43% die Union gewählt. Das reicht für künftige Wahlen nicht aus. Daher muss die Politik der

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt

Das christliche Menschenbild Seite 1
Gutes Wahlergebnis für Niedersachsen Seite 4
CDU wird erstmals stärkste Kraft in Niedersachsen Seite 5
Fünf Niedersachsen in Bundesregierung Seite 6
Wahl als Vertrauensvotum Seite 7
Die CDU- die Volkspartei Seite 7
Gegen Kürzung der Wehrpflicht Seite 8
Kultur ins Grundgesetz Seite 9
Seniorenpolitik Seite 10
Aus der Landespolitik Seite 15
Nachrichten aus der CDU Seite 17
Kurznachrichten Seite 19
Kommentare Seite 20
Personalien Seite 21
Vermischtes Seite 23
Hier spricht der Bundesvorstand Seite 24
Aus dem Landesvorstand Seite 26
Aus den Vereinigungen Seite 28
Aus den Kreisvereinigungen Seite 31
Impressum Seite 36

(Fortsetzung von Seite 1)

CDU diesen Umstand stärker als bisher berücksichtigen.

Das gilt für die Einbindung der Senioren in alle Entscheidungsprozesse in der Union, von ganz unten bis ganz oben. Aber es gehört noch mehr zur Wahrheit: Die Union muss zu ihren Wurzeln, also orientiert am christlichen Menschenbild, zurückkehren. Das Urteil des europäischen Gerichtshof zum Kruzifix in Italien muss uns lautstark auf den Plan rufen. Hier kommt eine große Gefahr auf uns zu, wenn dieses Urteil Schule macht.

Sozial und gerecht muss es zugehen in den Reihen der CDU und bei allen von ihr und ihren Mandatsträgern zu treffenden Entscheidungen. Vorbild zu sein ist die erste Bürgerpflicht für alle unsere Funktions- und Entscheidungsträger. Wenn dieses in Demut geschieht, werden uns die Bürger in Zukunft wieder das Vertrauen schenken, und die, die CDU bei der Bundestagswahl 2009 nicht gewählt haben

oder nicht zur Wahl gegangen sind, werden aus Überzeugung zu uns zurückkehren, wenn wir sie von unserer Politik überzeugen. Das Vertrauen in die Unterstützung der Medien im Wahlkampf ist unverzichtbar, aber noch wichtiger ist, dass die Kandidaten aller Ebenen sich dem Bürger als „Diener der Demokratie“ zuwenden. Die Menschen spüren, wenn Politik glaubhaft ist. Gespür für das Machbare und Richtige wird gebraucht, orientiert am Gemeinwohl, wie es in unserer Verfassung formuliert ist.

Hier sind auch wir als Senioren-Union stärker als bisher bei der Gestaltung von und mit unseren Funktions- und Mandatsträgern für und mit den Menschen gefordert. Der „Kümmerer“ wird gebraucht, ihm vertrauen die Menschen.

Wir als Kreis-, Stadt- und Gemeindevereinigungen der Senioren-Union müssen unsere Mitbürger, gerade die älteren, davon überzeugen, dass wir neben den angenehmen Dingen wie Unterhaltung und Freizeit mit Fantasie und Visionen

auch politische Gestaltungsarbeit für das Wohl der Bürger, insbesondere für die Älteren unter uns, überzeugend leisten.

Gerade weil der demografische Wandel den Anteil der über 60jährigen in den nächsten Jahren enorm ansteigen lässt, steigt auch für uns die Verantwortung für die Seniorinnen und Senioren.

Konrad Adenauer hat einmal gesagt: „Die Erfahrungen sind wie Samenkörner, aus denen die Klugheit emporwächst.“ Die Politik tut gut daran, auf ihn zu hören. Und gerade dort, wo wir uns als Anwalt und Ansprechpartner der Bürger verstehen, sind wir verpflichtet, immer wieder den Nachweis für unsere Kompetenz und unsere Rolle zu erbringen.

Dem demografischen Wandel ist in erster Linie mit dem Konzept der Daseinsvorsorge zu begegnen. Marktwirtschaftliche Gesetze gelten hier nur bedingt. Die Privatisierung, so wichtig sie in der sozialen Marktwirtschaft als eine Lösungs-

(Fortsetzung auf Seite 3)

möglichkeit ist, nutzt in der Daseinsvorsorge nur bedingt für die Erfüllung der Leistungen der „Grundversorgung“.

Die Politik muss stärker als bisher die Handschrift der Senioren tragen. So sind auch unsere „Prüfsteine“ zu verstehen, die der Landesvorstand in seiner Sitzung am 4. November 2009 beschlossen hat (siehe Seite 10). Diese 10 „Prüfsteine“ werden allen Europa- und Bundestagsabgeordneten sowie den CDU-Kreisfraktionen der Landkreise und kreisfreien Städte zugestellt, ferner der CDU-Landtagsfraktion und der Landesregierung.

Aber auch die Gliederungen der Landespartei, einschl. der Vereini-

gungen, sollen sie bekommen. Jedes Mitglied von uns ist aufgefordert, sich des Inhalts dieser „Prüfsteine“ anzunehmen und deren Umsetzung zu unterstützen.

Wir und unsere Partei auf allen Ebenen müssen unsere ureigene, christlich-demokratische Politik, von den Grundwerten bis zur sozialen Marktwirtschaft, in die tägliche Politik einbeziehen.

Nur so wird es uns gelingen die nächste Bundestagswahl und die dazwischen liegende Landtagswahl sowie die Kommunalwahlen zu gewinnen. Wir sind und bleiben, bei überzeugender und erfolgreicher Politik, die Volkspartei der Bundesrepublik Deutschland.

Ich möchte im Namen unseres Landesvorstands die Gelegenheit der letzten Ausgabe des Senioren-Reports im Jahr 2009 nutzen, Ihnen, den Mitgliedern, unseren Freunden und Förderern so wie unserer Mutterpartei auf allen Ebenen zu danken für die Unterstützung, auch für die manchmal kritische Zusammenarbeit.

Ihnen allen und Ihren Familienangehörigen wünsche ich eine gesegnete Weihnachtszeit und uns allen ein erfolgreiches Jahr 2010, verbunden mit den Wünschen bester Gesundheit und Wohlergehen.

Ihr
Rolf Reinemann
Landesvorsitzender
der Senioren-Union

Senioren-Union Niedersachsen verbessert Kommunikation

Um noch stärker die Verbindung zu den Mitgliedern der Senioren-Union zu organisieren, hat die Landesvereinigung ein **Senioren-Service-Telefon** eingerichtet. Unter der Telefon-Nummer

0511-27 99 161

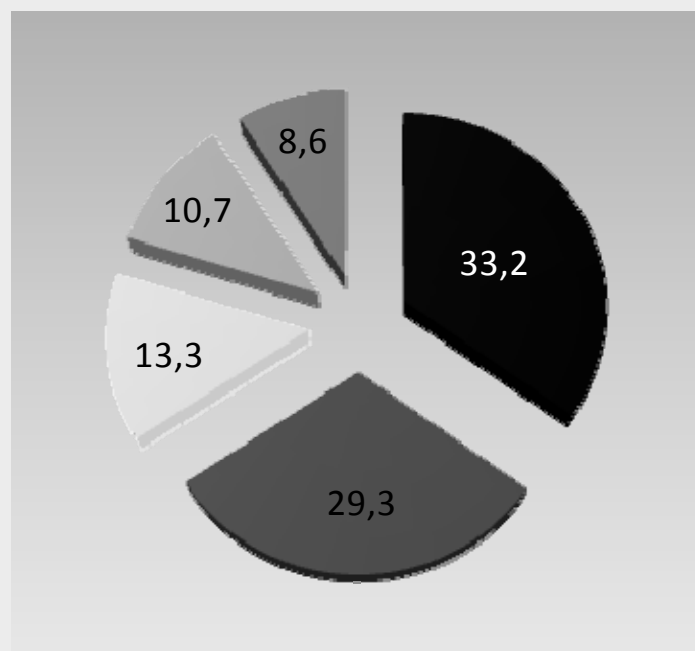
können die Mitglieder der Kreis-, Stadt-, und Gemeindevereinigungen jeden Montag von 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr Vertreter der Landesvereinigung erreichen, um Informationen zu erfragen, sich nach Problemlösungen zu erkundigen oder Sorgen und Nöte „loszuwerden“.

Niedersachsens CDU kann mit der Bundeswahl zufrieden sein

Die Wahl zum Deutschen Bundestag am 27. September 2009 ist schon einige Zeit her, dennoch soll das Wichtigste auch im Senioren-Report dokumentiert werden. Die CDU in Niedersachsen kann, wie ihr Landesvorsitzender David McAllister erklärte, mit dem Ausgang der Wahl durchaus zufrieden sein. Im Bundesgebiet hat die Union, absolut gesehen, mit 33,8 Prozent (2005 = 35,2 Prozent) der Zweitstimmen zwar das zweitschlechteste aller bisherigen Bundestagswahlergebnisse erzielt und viele Stimmen verloren, aber vor allem im Verhältnis zur SPD, der anderen „großen“ Volkspartei, die nur auf 23,0 Prozent kam und 11,3 Prozentpunkte einbüßte, ist die Union der klare Sieger der Bundestagswahl 2007. Sie liegt eindeutig an der Spitze aller Parteien. Die SPD erlitt das bisher größte Wahldebakel ihrer Geschichte und wurde abgestraft. Auch die Grünen und die Linken, die sich vor der Wahl und am Wahl-

abend selbst als große Sieger feierten, sind mit 10,7 Prozent bzw. 11,9 Prozent kläglich wieder in der Opposition gelandet. Allein die FDP gilt als wirklicher Gewinner dieser Bundestagswahl. 14,6 Prozent gegenüber 9,8 Prozent im Jahr 2005 sind nicht nur ein stolzes Ergebnis, son-

dern sie bringen ihr auch nach vielen Jahren wieder die Beteiligung als Koalitionspartner der Union an der Bundesregierung. Die CDU/CSU/FDP-Koalition arbeitet unter der wiedergewählten Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits mit Volldampf. Politiker und Analysierer sind immer noch eifrig dabei, die Bundestagswahl zu analysieren, um Lehren für die Zukunft zu ziehen.



Das endgültige Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl in Niedersachsen lautet:

CDU:	1.471.530	(33,2 %)
SPD:	1.297.940	(29,3 %)
FDP:	588.401	(13,3 %)
Grüne:	475.742	(10,7 %)
DIE LINKE:	380.373	(8,6 %)

CDU wird erstmals stärkste Kraft in Niedersachsen

Mit einem Anteil von 33,2 Prozent der Zweitstimmen (2005: 33,6 Prozent) hat die CDU in Niedersachsen zwar leicht (0,4 Prozent) verloren, aber sie ist erstmals stärkste Kraft in Niedersachsen.

Die SPD muss mit 29,3 Prozent der Zweitstimmen allerdings einen Verlust von 13,9 Prozent verkraften, liegt damit in Niedersachsen aber immer noch deutlich besser als auf Bundesebene (23,1 Prozent). Bei der Zahl der Direktmandate konnte die CDU zudem aufholen, wie man vor der Wahl kaum zu hoffen wagte. Aus den vier Bundestagsmandaten, die von der CDU 2005 direkt geholt werden konnten, sind jetzt 16 geworden.

Auch prominente Sozialdemokraten, die ihre Wahlkreise – zum Teil sehr knapp – wieder gewinnen konnten, haben hohe Verluste zu verzeichnen, darunter der Landesvorsitzende Garrelt Duin (minus 13,9 Prozent), Generalsekretär Hubertus Heil (minus

10,6 Prozent) und Thomas Oppermann (minus zehn Prozent), bei dem die Wahl in Göttingen besonders knapp ausging. Sicher gewonnen hat Sigmar Gabriel seinen Wahlkreis mit „nur“ 7,6 Prozent Verlust. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen musste sich in der SPD-Hochburg Hannover Bundesministerin a.D. Edelgard Bulmahn geschlagen geben, die allerdings 14,7 Prozent ihrer Erststimmen eingebüßt hat.

Gerade einmal 860 Stimmen Vorsprung hatte die Sozialdemokratin Caren Marks im Wahlkreis Hannover Land I gegenüber ihrem Herausforderer Sebastian Lechner, dem Landesvorsitzenden der Jungen Union.

Verlorengegangen ist dagegen für die SPD der Wahlkreis Celle, bislang fest in der Hand des ausgeschiedenen bisherigen Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Struck. Ein hohes Wahlergebnis konnte auch FDP-Parteichef Dr. Philipp

Rösler für seine Partei verzeichnen, wenn es auch mit 13,3 Prozent (plus 4,4 Prozent) nicht ganz so hoch ist wie auf Bundesebene (14,6 Prozent).

Die niedersächsischen Grünen rangieren mit 10,7 Prozent (plus 3,3 Prozent) – anders als auf Bundesebene – vor den Linken mit 8,6 Prozent (plus 4,3 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag in Niedersachsen bei 73,3 Prozent und damit 6,1 Prozent niedriger als 2005, aber um 2,2 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt.

Zum Ergebnis der Bundestagswahl erklärte der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, David McAllister: "Die CDU ist mit 38,5 % der Erst- und 33,2 % der Zweitstimmen klar stärkste Partei in Niedersachsen - wie bereits bei den Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen. Die CDU hat die Mehrzahl der Wahlkreise gewonnen".

Die CDU in Niedersachsen hat das viertbeste Ergebnis aller CDU-Landesverbände erzielt. Erstmals seit 1994 hat

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

die CDU in Niedersachsen bei Bundestagswahlen wieder stärker als die SPD im Land abgeschnitten. Die SPD hat in Niedersachsen mit minus 13,9% höhere Verluste als im Bundesdurchschnitt von minus 11,2% hinnehmen müssen. Die CDU in Niedersachsen hat im Vergleich zur letzten Bundestagswahl die Anzahl der direkt gewonnenen Mandate von vier auf 16 der insgesamt 30 Wahlkreise vervierfachen können. Ehemalige Hochburgen der SPD, wie beispielsweise Wolfsburg-Helmstedt, Osterholz-Verden oder Delmenhorst-Weser-

marsch-Oldenburger Land wurden von den CDU-Kandidaten gewonnen.

Für die CDU in Niedersachsen ziehen **direkt gewählt** in den 17. Deutschen Bundestag ein: Dr. Martina Krogmann, MdB (Stade), Dr. Hermann Kues, MdB (Lingen), Thomas Kossendey, MdB (Edeweck-Kleefeld), Michael Grosse-Brömer, MdB (Brackel), Enak Ferlemann, MdB (Cuxhaven), Gitta Connemann, MdB (Leer), Dr. Mathias Mittelberg (Osnabrück), Reinhard Grindel, MdB (Rotenburg (Wümme)), Henning Otte, MdB (Bergen), Astrid Kathari-

na Josefine Grotelüsch (Großenkneten-Ahlhorn), Georg Schirmbeck, MdB (Hasbergen), Eckhard Pols (Lüneburg), Axel Knoerig (Kirchdorf), Günter Lach (Wolfsburg), Andreas Mattfeldt (Langwedel), Franz-Josef Holzenkamp, MdB (Emstek).

Über die Landesliste der CDU in Niedersachsen sind gewählt: Ministerin Dr. Ursula von der Leyen (Burgdorf), Eckart von Klaeden, MdB (Hildesheim), Dr. Maria Flachsbarth, MdB (Hannover), Rita Pawelski, MdB (Hannover), Hartwig Fischer, MdB (Göttingen).

Niedersachsens CDU mit 5 Vertretern in der Bundesregierung

Mit einer Bundesministerin, einem Staatsminister und drei Staatssekretären ist die CDU in Niedersachsen in der Bundesregierung vertreten: Dr. Ursula von der Leyen (Hannover), Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend; Eckart von Klaeden (Hildesheim), zunächst zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium ernannt, wurde

von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Staatsminister im Kanzleramt berufen; Dr. Hermann Kues (Lingen), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend; Thomas Kossendey (Edeweck), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung; Enak Ferlemann (Cuxhaven), Par-

lamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bauen, Wohnen und Verkehr. Vorsitzender der niedersächsischen Landesgruppe der Bundestagsfraktion der Union wurde als Nachfolger von Enak Ferlemann Michael Grosse-Brömer (Harburg). Wiedergewählt wurden Rita Pawelski (Hannover) als 1. Stellvertreterin sowie

(Fortsetzung auf Seite 7)

Senioren-Union: Bundestagswahl als Vertrauensvotum

Die deutliche christlich-liberale und bürgerliche Mehrheit im neuen Deutschen Bundestag ist nach Auffassung des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff, "ein eindeutiges Vertrauensvotum für Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Union." Wählerinnen und Wähler hätten deutlich gemacht, "dass sie in diesen schwierigen Zeiten einer Politik der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft den Vorzug vor einer rot-rot-grünen Zitterpartie" gäben. Die Sozialdemokraten seien letztendlich an ihrem "Schlingerkurs" gegenüber der "Linken" gescheitert, betonte Wulff, der auch Mitglied des CDU-Bundesvorstands ist. "Wer nicht deutliche Distanz zu Kräften hält, die das freiheitliche System der Bundesrepublik Deutschland verändern wollen, schadet seiner Glaubwürdigkeit und verliert seine Mehrheitsfähigkeit." Auch bei künftigen Wahlen werde die SPD so lange nicht wie-

der Zugewinne erzielen, so lange sie sich nicht von der postkommunistischen Linken deutlich abgrenzt. Die Senioren-Union erfülle es "mit Stolz", dass sie durch weit überdurchschnittliche Stimmenanteile in der Generation der über 60-jährigen zu dem Wahlerfolg der bürgerlichen Koalition wesentlich beigetragen habe. "Gegen diese Generation kann in Deutschland keine Wahl mehr gewonnen werden."

(Fortsetzung von Seite 6)

Georg Schirmbeck (Osnabrück-Land) als Schatzmeister. Neu in den Vorstand gewählt wurden Franz-Josef Holzenkamp aus Cloppenburg und Hartwig Fischer aus Göttingen. – Die Niedersachsen sind die drittstärkste Landesgruppe der CDU im Deutschen Bundestag. Damit zählt sie zu den einflussreichsten innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Stärkung der CDU als Volkspartei „zwingende historische Notwendigkeit“

Der Landesvorstand der Senioren-Union Niedersachsen (SUN) hat es in seiner Sitzung am 7.10.09 in Hannover als "zwingende historische Notwendigkeit" bezeichnet, die CDU als Volkspartei nachhaltig zu stärken.

Ausweislich der letzten Wahlen ist die CDU die einzige politische Kraft in Deutschland, die noch eine umfassende Bindungsfähigkeit für alle gesellschaftlichen Schichten zu erzielen vermag, führten die Spitzenvertreter der Senioren-Union Niedersachsen aus.

Mit dieser Integrationsfähigkeit kann die CDU in Deutschland als letzte verbliebene politische Partei in Deutschland die historische Aufgabe wahrnehmen, allen Bereichen unserer Bevölkerung ein Angebot des vertrauensvollen Mitein-

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

anders zu machen, ein Auseinanderdriften zu verhindern und damit den sozialen Frieden sowie den menschlichen Zusammenhalt zu sichern.

Diese Stärkung der CDU als Volkspartei hat nach Einschätzung der Senioren-Union Niedersachsen durch programmatische Festlegungen ebenso wie durch eine praktische Politik zu erfolgen, die - sich erkennbar aus christlich bestimmten Grundwerten herleitend - eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Dienst des Gemeinwohls stellt.

Diese Orientierung sollte bereits in der Koalition mit der FDP ihren Ausdruck finden. In diesem Zusammenhang warnte die Senioren-Union Niedersachsen davor, in dem Absinken der SPD unter die Schwelle der Volkspartei einen begrüßenswerten politischen Vorgang zu sehen.

Dem Wohl Deutschlands wäre es zuträglicher, wenn die SPD sich ihre Fähigkeit bewahren

könnte, ihr zuneigende Wählerschichten dem demokratischen Spektrum zu erhalten.

Abschließend bekannte sich die Senioren-Union Niedersachsen zu ihrer Verpflichtung, bei der Stärkung der CDU als Volkspartei eine besondere Verantwortung wahrzunehmen.

„Wir werden unsere politische Tätigkeit in Zu-

kunft verstärkt darauf ausrichten, die ständig wachsende Zahl von älteren Menschen von der Notwendigkeit einer CDU als kraftvolle Volkspartei zu überzeugen“, legten sich die Spitzenvertreter der Senioren-Union Niedersachsen fest.

Manfred Gallwitz

Senioren-Union gegen Kürzung der Wehrpflicht

Bundeswehr nicht der Lächerlichkeit preisgeben - Wesentlicher Bestandteil der Gesellschaft -

Die Senioren-Union Niedersachsen hat mit allem Nachdruck davor gewarnt, die deutsche Bundeswehr durch eine Kürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate der Lächerlichkeit preiszugeben.

Hierzu erklärten der Landesvorsitzende der Senioren-Union Niedersachsen, Rolf Reine mann, der selbst Berufsoffizier der Bundeswehr gewesen ist, und der Stellvertretende Landesvorsitzende Manfred

Gallwitz, ehemaliger Rechtsberater der Bundeswehr und Referent im Bundesverteidigungsministerium:

Eine Armee, deren Rückgrat von amateurhaft ausgebildeten Wehrpflichtigen gebildet wird, kann weder von der NATO und dem sonstigen Ausland noch bei uns in Deutschland ernst genommen werden. Die Bundeswehr würde aufhören, einen beachtenswerten Sicherheitsfaktor in Euro-

(Fortsetzung auf Seite 9)

pa und der Welt darzustellen. Die Bundesrepublik Deutschland würde in der internationalen Sicherheitspolitik auf den Stand eines Entwicklungslandes zurückfallen.

Die Kürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate ist damit eine Maßnahme, die fast ausschließlich negative Auswirkungen hat, ohne zu erkennbarem Nutzen zu führen. Sie dient weder dem einzelnen Wehrpflichtigen noch hat sie angesichts des hohen Bestandes an Wehrtauglichen eine nennenswerte Verbesserung der Wehrgerechtigkeit zur Folge. Deshalb stellt sich auch die Frage, ob die Milliarden des Verteidigungshaushalts für eine Armee dieser Qualifikation noch gerechtfertigt sind.

Ein weiterer Aspekt, der nicht außer Acht gelassen werden darf, ist die Tatsache, dass die Bundeswehr seit ihrer Gründung ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft ist. Die Soldaten sind als „Bürger in Uniform“ in sie integriert.

Das hat sich seit über 50

Jahren bewährt. Diese Anerkennung im Bewusstsein der Bevölkerung würde es bei immer kürzeren Wehrdienst oder gar bei einer Berufsarmee nicht geben. Länder, die die Wehrpflicht abgeschafft haben, haben große Probleme mit der Anerkennung ihrer Soldaten und mit der Rekrutierung des Nachwuchses für ihre Armee.

Mit Bestürzung sieht die Senioren-Union auch die Auswirkungen der Wehrdienst-Kürzung auf die Hilfeleistungen für ältere und pflegebedürftige Mitbürger. Sie wären von dem fast völligen Ausfall des Hilfsdienstes am härtesten betroffen. Natürlich kann der Zivildienst nicht ausschlaggebend für sicherheits-

politische Entscheidungen sein, sagten Reine mann und Gallwitz. Aber bei einer Verkürzung der Wehrpflicht auf ein unvertretbares Maß sind auch die negativen Folgen für den Zivildienst zu berücksichtigen.

Mit dieser Argumentation fordert die Senioren-Union Niedersachsen die Koalition, insbesondere aber deren CDU-Partner, nachdrücklich dazu auf, ihre Festlegung auf eine weitere Kürzung der ohnehin schon kurzen Wehrdienstzeiten zu überdenken und eine Entscheidung auf der Grundlage objektiver Notwendigkeiten zu treffen. Die deutsche Bundeswehr darf nicht durch eine weitere Kürzung der Wehrpflicht der Lächerlichkeit preisgegeben werden!

Deutsch und Kultur sollen ins Grundgesetz

Die Koalitionäre haben sich je ein Projekt genehmigt: Auf Wunsch der FDP soll die Kulturförderung zum Staatsziel werden. Im Gegenzug soll Deutsch im Grundgesetz als Sprache der Bundesrepublik festgeschrieben werden - was die Kanzlerin bisher ab-

gelehnt hatte.

Die Koalition aus CDU, CSU und FDP will das Staatsziel Kultur und die deutsche Sprache im Grundgesetz verankern. Darauf hatte sich die Arbeitsgruppe Familie/Integration/Kultur und Neue Medien bei den

Koalitionsgesprächen geeinigt. Die FDP hatte sich schon länger dafür eingesetzt, die Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen. Die Formulierung "Der Staat schützt und fördert die Kultur" hatten die Liberalen bisher im Bundestag nicht durchsetzen können.

Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller hatte sich besonders für Deutsch im Grundgesetz eingesetzt. Die Koalition benötigt für die Grundgesetzänderung eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat. Die Chancen stehen aber nicht schlecht, weil die SPD das Staatsziel Kultur in ihrem Wahlprogramm ebenfalls befürwortet hatte. Es gab auch eine entsprechende Bundesratsinitiative

des Landes Berlin.

Die FDP stimmte im Gegenzug dem Wunsch der Union zu, auch die deutsche Sprache als Sprache der Bundesrepublik im Grundgesetz zu verankern. Diese Forderung hatte die CDU bei ihrem letzten Parteitag im Dezember 2008 vor allem auf Betreiben von Peter Müller beschlossen - gegen den Willen der Parteiführung. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel distanzierte sich damals von dem Votum und sagte: "Ich finde es nicht gut, alles ins Grundgesetz zu schreiben." Auch FDP-Chef Guido Westerwelle kritisierte mit Blick auf die Integration von Zuwanderern: "Viel wichtiger als Deutsch im Grundgesetz ist Deutsch an den Schulen."

Westerwelle kommt mit Latein

Der jüngst wegen seiner deutschen Sprachbeherrschung in die Medienkritik geratene FDP-Chef Guido Westerwelle schlug zurück.

Auf einer Pressekonferenz in Berlin sagte er einem deutschen Journalisten, der gern auch auf Altgriechisch fragen würde: „Wenn Sie ihre Frage in Altgriechisch stellen, dann antworte ich Ihnen auf Latein.“

Die Nachfrage in Altgriechisch blieb aus. Westerwelle setzte noch einen drauf und sagte, bei öffentlichen Terminen in Deutschland werde er auch weiterhin „unsere wunderschöne deutsche Sprache verwenden“.

Senioren-Politik

Prüfsteine der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen

Der Vorstand der Senioren-Union der CDU in Niedersachsen (SUN) hat in seiner Sitzung am 3. November 2009 „Prüfsteine für die neue Bundesregierung“ beschlossen. In dem vom stellvertretenden Lan-

desvorsitzenden Gerhard Winter vorgelegten 10-Punkte-Papier geht es eingangs um die Zukunft der Daseinsvorsorge in Deutschland, die zunehmend unter europäischen Einfluss gerät. Die Senioren-Union er-

wartet, dass die Bundesregierung alles tut, um die nationale Zuständigkeit für die Daseinsvorsorge, die in erster Linie von den Kommunen geleistet wird, uneingeschränkt abzusichern.

(Fortsetzung auf Seite 11)

(Fortsetzung von Seite 10)

Europa soll die Finger von bestimmten nationalstaatlichen Besonderheiten, wie beispielsweise der kommunalen Selbstverwaltung, der kommunalen Daseinsvorsorge oder des Föderalismus in Deutschland, lassen. Weiter geht es der Senioren-Union um die Sicherstellung der geriatrischen Versorgung, insbesondere um die Einrichtung der erforderlichen Zahl von Lehrstühlen für Geriatrie an den medizinischen Fakultäten.

Auch die Bereitschaft der Bürger zu Organspenden soll durch geeignete Maßnahmen des Gesetzgebers verstärkt werden, damit nicht weiterhin von den auf den Wartelisten der Transplantationszentralen stehenden Menschen jährlich rund 1.000 Menschen vergeblich hoffen und sterben. Auf der Grundlage des Artikels 6 des Grundgesetzes, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates stellt sowie die Verantwortung für die Sorge um das körperliche Wohl und die geistige und seelische Ent-

wicklung, Bildung und Ausbildung der Kinder den Eltern auferlegt, fordert die Senioren-Union die Bundesregierung auf, sich dort wo es erforderlich ist, um eine Verbesserung der Erzie-



hungsbereitschaft und Erziehungsfähigkeit von Eltern zu kümmern. Um die Entscheidung für Kinder zu erleichtern, Familien in ihren Aufgaben zu unterstützen und das Miteinander der Generationen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, regt die Senioren-Union die Einführung einer Großelternzeit und von Großelterngehalt für berufstätige Großeltern nach dem Vorbild des geltenden Bundeselterngehalt- und Elternzeitge-

setzes an. Nach Beteiligung und Ergebnis der Europawahl 2009 steht für die Senioren-Union fest, dass Europa für seine Bürgerinnen und Bürger noch zu weit weg ist. Deshalb fordert sie die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass das Europawahlrecht durch Einfügen einer Komponente des Persönlichkeitswahlrechts bürgernäher gemacht wird.

Weitere Themen der Prüfsteine sind die Forderung

- nach einer Reform der Alterssicherung um Altersarmut zu verhindern,
- zur Verpflichtung des Handels, alle in Deutschland verkauften Produkte mit Gebrauchsanweisungen und Verwendungsbeschreibungen in deutscher Sprache auszustatten,
- für Produktion und Verkauf von pharmazeutischen Produkten einheitliche Regelungen und einheitliche Preise durch die Europäische Union zu initiieren.

Treffen der Landesvorstände von Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Die geschäftsführenden Landesvorstände der Senioren-Union von Sachsen-Anhalt und

Haus, welches als Tagungs- und Gästehaus genutzt wird, fand dann die diesjährige Sitzung



V.l.n.r.: Dr. Joachim Kupfer , Landtagspräsident
Dieter Steinecke , Rolf Reinemann

Niedersachsen trafen sich am 14. Oktober 2009 in Halberstadt zur diesjährigen gemeinsamen Tagung. Am frühen Vormittag nahmen die Delegationen an einer ausführlichen Führung im Dom teil, wo auch der Domschatz zu besichtigen war. Im Benediktinerkloster auf der Huysburg machte der Klosterbruder Jacobus die Senioren mit den umfangreich rekonstruierten Innen- und Außenanlagen bekannt. Im Ekkehard-

der Senioren-Union-Vorstände aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen statt. Als Referent war der Landtagspräsident aus Sachsen-Anhalt, Dieter Steinecke, geladen. Zusammen mit den beiden Landesvorsitzenden aus Niedersachsen, Rolf Reinemann, und aus Sachsen-Anhalt, Dr. Joachim Kupfer, referierten die drei zu dem Thema: „20 Jahre Mauerfall – wo steht Deutschland heute“.

Kostenfreier Steuer-Check hilft Rentnern

Die Finanzverwaltung hat angekündigt, dass sie seit diesem Monat verstärkt auf Rentnerinnen und Rentner zugeht, die bislang keine Steuererklärung abgegeben haben.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) bietet zusammen mit dem Renten Service der Deutschen Post allen interessierten Rentnern einen kostenlosen Steuer-Check im Internet an, der individuelle Antworten darauf gibt, wer steuerpflichtig ist und wer nicht.

Außerdem erfahren die Nutzer z.B., welche Auswirkungen die Abgeltungssteuer auf die persönlichen Finanzen hat, welche Freibeträge genutzt werden können oder wie sich gesetzliche Änderungen bei der Besteuerung von Lebensversicherungen auswirken. Für die fachliche Beratung arbeiten BAGSO und Renten

(Fortsetzung auf Seite 13)

(Fortsetzung von Seite 12)

Service mit den Steuerexperten von Deutschlands größtem Lohnsteuerhilfeverein, der Vereinigten Lohnsteuerhilfe e. V., zusammen.

„Durch das Alterseinkünftegesetz sind etwa 3,5 Millionen Rentempfänger zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet. Bei vielen Betroffenen herrscht Unklarheit über die Rechtslage und somit auch über die Steuersparmöglichkeiten, die sich ihnen oft bieten.

Mit diesem Steuer-Check möchten wir aufklären, wertvolle Informationen geben und Klarheit schaffen“, betont Walter Link, Vorsitzender der BAGSO.

Der Steuer-Check ist auf den Internetseiten der BAGSO unter

www.bagso.de/steuern.html

sowie auf den Internetseiten des Renten Service unter

www.rentenservice.de/steuern

zu erreichen.

Unterstützung für Unternehmensnachfolge

Wer aus Altersgründen sein Unternehmen abgeben oder als Nachfolger einen Betrieb übernehmen will, bekommt Unterstützung:

Die Initiative Unternehmensnachfolge in Niedersachsen will die Rahmenbedingungen für den Generationenwechsel in niedersächsischen Unternehmen verbessern und Inhabern wie potentiellen Nachfolgern mit Information, Beratung und Förderung zur Seite stehen.

„Nach Schätzungen werden in den nächsten zehn Jahren knapp 60 Prozent der niedersächsischen Betriebe mit einem ungefähren Anteil von $\frac{3}{4}$ der Erwerbstätigen und $\frac{3}{4}$ aller Ausbildungsplätze zur Übergabe anstehen.

Sicher ist: Dieser Übergang ist eine der schwierigsten Phasen im Lebenszyklus von eigen-tümergeführten Unternehmen – und die Vorbereitung ist viel zu oft nicht umfassend genug. Mit vereinten Kräften

wollen wir dazu beitragen, dass dieser Prozess gelingt, damit die Zukunft für diese Unternehmen und ihre Arbeitsplätze gesichert wird“, sagte Niedersachsens vormaliger Wirtschafts- und Arbeitsminister Philipp Rösler.

Bereits seit November 2007 existiert die gemeinsame Initiative des Landes Niedersachsen, der Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern sowie der NBank zum Thema Unternehmensnachfolge in Niedersachsen.

Hier werden die Angebote des Landes Niedersachsen rund um dieses Thema gebündelt. Ziel der Initiative ist es, die Dynamik der niedersächsischen Wirtschaft zu erhöhen und zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen aufzubauen und zu erhalten.

Regionale Informationsveranstaltungen finden statt:

Hannover

(Fortsetzung auf Seite 14)

(Fortsetzung von Seite 13)

Do., 19. 11.2009

Lüneburg

Do. 21.01.2010

Braunschweig

Do., 28.01.2010,

Stade

Do., 4.02.2010,

Verden

Do.. 11.02.2010,

Osnabrück

Do., 11.02.2010,

Northeim

Do., 4.03.2010,

Hildesheim

Die., 9.03. 2010.

Emsland

Mi., 17.03.2010

Die Internetseite

www.unternehmensnachfolge.niedersachsen.de

bietet Antworten, Informationen und Unterstützung rund um das Thema, nennt Ansprechpartner, Adressen und Links.



Altersarmut jetzt vorbeugen

In einem Offenen Brief des Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), Walter Link, an die Vorsitzenden der Fraktionen des Deutschen Bundestages heißt es u.a.:

„Der seit Jahren anhaltende Wertverlust der gesetzlichen Rente wird gern mit dem Schlagwort „Generationengerechtigkeit“ begründet.

Die nachfolgenden Generationen haben aber nichts davon, wenn sie selbst im Alter arm sind.

Denn sie würde die Aushöhlung der Gesetzlichen Rentenversicherung am härtesten treffen. Die beginnende 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages muss dazu genutzt werden, Verlässlichkeit und Transparenz und damit Vertrauen in die Gesetzliche Rentenversicherung wiederherzustellen.

In ihrer Leipziger Erklärung bekennen sich die in der BAGSO zusam-

mengeschlossenen 101 Seniorenverbände, die rund 13 Mio. Mitglieder in der Altersgruppe 50plus repräsentieren, zur Verantwortung der Älteren für nachfolgende Generationen:

„Alle politischen, wirtschaftlichen und individuellen Entscheidungen sind darauf zu überprüfen, ob sie geeignet sind, die aktuellen Lebensbedingungen zu verbessern, ohne die Zukunftschancen künftiger Generationen zu verschlechtern.“

Was Generationengerechtigkeit wirklich bedeutet – in den Sozialsystemen ebenso wie bei der Bildung oder beim Klimaschutz -, das muss dringend unter Beteiligung von Vertretern aller Altersgruppen definiert werden.

Die BAGSO und ihre Mitgliedsorganisationen haben sich beim 9. Deutschen Seniorentag 2009 intensiv mit diesen Fragen befasst und stehen für einen Dialog zur Verfügung.“

Aus der Landespolitik

DDR-Geschichte in den Schulen aufarbeiten

Ziel eines Antrages „Aufarbeitung der DDR-Geschichte an niedersächsischen Schulen“, den die Fraktionen von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag eingebracht haben, ist es, die politische, wirtschaftliche und soziale Lage der früheren DDR an niedersächsischen Schulen vertieft und fächerübergreifend zu behandeln.

Dazu erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender David McAllister:

„In diesen Tagen jähren sich zum 20. Mal die freudigen Ereignisse, die zum Untergang der DDR führten. Wenn man allerdings heute - 20 Jahre nach der friedlichen Revolution und dem Mauerfall - nach prominenten Namen und Fakten zur untergegangenen DDR fragt, tritt Erstaunliches zutage. Die Geschichtskennntnisse haben - was die DDR angeht - einen Tiefpunkt erreicht. Die Ergebnisse einer Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien

Universität Berlin, für die im letzten Jahr mehr als 5.200 Jugendliche in Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen sowie in Berlin befragt wurden, sollte uns allen zu denken geben: Demnach war die DDR in den Augen vieler Jugendlicher ein soziales Paradies und keine Diktatur, den Rentnern ging es besser als heute, und soziale Sicherheit wog die Rechtlosigkeit des Einzelnen unter der SED-Diktatur mehr als auf. Die Studie offenbart eklatante Wissenslücken bei den Schülern: Die Mehrheit aller befragten Jugendlichen wusste nicht, wer die Mauer errichtet hat.

Viele tippten auf die Bundesrepublik oder die Alliierten. Fast die Hälfte der ostdeutschen und sogar 66 Prozent der westdeutschen Schüler bejahte die Aussage: „Die DDR war keine Diktatur, die Menschen mussten sich nur wie überall anpassen.“ „Es ist dringend erforderlich, dass es bei uns ei-

ne intensivere Auseinandersetzung in Schule und Gesellschaft mit der DDR-Diktatur gibt. Wir haben die Pflicht, den jüngeren Menschen in Niedersachsen den Unterschied zwischen einer Diktatur und der Demokratie klar und verständlich machen.

Wer hier die Grenzen verwischt oder relativiert, gefährdet unseren Rechtsstaat und damit unsere Freiheit“, sagte McAllister. Der gemeinsame Entschließungsantrag von CDU und FDP macht deshalb konkrete Vorschläge: Wir wollen, dass bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Lehrpläne genügend Zeit für die DDR-Geschichte herausgearbeitet wird. Es ist notwendig, diesem wichtigen Zeitabschnitt, der normalerweise chronologisch am Ende des Geschichtsunterrichts steht, eine größere Bedeutung beizumessen. Wir wollen ferner Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich in Gedenkstätten über die Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu informieren und sozialistisches Unrechtsbewusstsein als Geschichtsverklärung zu

Konjunkturpaket: Knapp eine Milliarde Euro ist auf dem Weg

Die Umsetzung der Konjunkturpakets II ist in Niedersachsen sehr weit fortgeschritten. Nach Angaben von Ministerpräsident Christian Wulff sind am Stichtag 1. Oktober 2009 insgesamt 3366 Projekte mit einem Finanzvolumen von mehr als 971 Millionen Euro angeschoben worden. Das Programm, das in Niedersachsen ein nahezu reines Investitionsprogramm für die Kommunen ist, sei bei den Landesmaßnahmen mit 92,4 Prozent (243 von 263 Millionen Euro) fast vollständig ausgeschöpft worden, d.h. in dieser Größenordnung sind bereits Zuteilungsbescheide ergangen bzw. Projekte schon begonnen worden, sagte Wulff.

Bei den Mitteln der kommunalen Investitionspauschale sind es knapp 72 Prozent (431 von 600 Millionen Euro) und bei den kommunalen Förderschwerpunkten 63,6 Prozent (231 von 364 Millionen Euro). Lediglich beim Aufstockungsprogramm, das das Land zusätzlich zum Bund-Länder-Konjunkturpaket

in Höhe von 163 Millionen Euro aufgelegt hatte, liege die Quote mit rund 40 Prozent noch vergleichsweise niedrig. Nach Angaben von Finanzstaatssekretärin Cora Hermenau sind zum Stichtag 1. Oktober 2009 rund 65 Millionen Euro Bundesmittel bereits abgeflossen; bis zum Jahresende werde von 220 Millionen Euro ausgegangen. Dann werden rund 24 Prozent der Bundesmittel abgerufen worden sein. Landesmittel sind demnach zurzeit in Höhe von 80 Millionen Euro ausgezahlt worden. Insbesondere die Investitionspauschale ist bei den Kommunen auf große Zustimmung gestoßen.

Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern hat Niedersachsen – wie auch Nordrhein-Westfalen – seinen Schwerpunkt auf die Förderung kommunaler Projekte gelegt und den Kommunen dabei die Entscheidung überlassen, wofür sie das Geld mit einer Gegenfinanzierung von nur fünf Prozent ausgeben wollen.

Wulff: Krippenausbau ist eine Schlüsselfrage

Ministerpräsident Christian Wulff ist der Überzeugung, dass Niedersachsen bei der Betreuung unter dreijähriger Kinder bis 2013 von der derzeitigen Schlussposition im Ländervergleich weit nach oben kommen wird.

Man habe 2003 bei einer extrem schlechten Versorgung starten müssen und komme daher nur mühsam in die Spitzengruppe, denn auch in den anderen Ländern werde am Krippenausbau gearbeitet.

Derzeit hat Niedersachsen eine landesweite Betreuungsquote von neun Prozent (ohne Tagesmütter) mit deutlichen regionalen Unterschieden.

So habe etwa Göttingen die für 2013 anvisierte Quote von 35 Prozent bereits erreicht.

Nach Angaben von Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann kom-

(Fortsetzung auf Seite 17)

(Fortsetzung von Seite 16)

Nachrichten aus der CDU

me Niedersachsen gut voran. Man habe sich beim Zuwachs an Betreuungsplätzen vom 15. auf den 3. Platz vorgearbeitet.

In vier Jahren, wenn das Krippenprogramm (Bundesmittel für Niedersachsen knapp 400 Millionen Euro, Landesmittel rund 470 Millionen Euro und kommunale Mittel 420 Millionen Euro) auslaufe, werde man wissen, wie belastungsfähig die angepeilte Quote ist, meinte der Ministerpräsident.

Naturgemäß werde von einem Betreuungsangebot für Kleinkinder im ländlichen Raum nicht annähernd so viel Gebrauch gemacht werden wie in den Ballungsräumen, wo das Angebot voraussichtlich bei weit mehr als 35 Prozent liegen müsse.

Das Ziel dieser Landesregierung sei es jedoch, dass für jedes Kind ein erreichbarer und bezahlbarer Platz zur Verfügung steht. Er halte dies für eine Schlüsselfrage für die künftige Entwicklung des Landes, sagte Christian Wulff.

Busemann: DDR war ein Unrechtsstaat

Justizminister Bernd Busemann (CDU) hat der in diesen Tagen um den 20. Jahrestag des Mauerfalls herum aufkeimenden Debatte über Recht und Unrecht in der DDR eine klare Absage erteilt. Seiner Meinung nach ist der Befund eindeutig: „Die DDR war ein Unrechtsstaat, denn nicht das Recht war das Ziel des staatlichen Handelns, sondern es stand nach eigenem Selbstverständnis im Dienst des Klassenkampfes“, sagte der Minister.

Auch die Definition des Unrechtsstaates ist seiner Meinung nach unmissverständlich: „Ein Unrechtsstaat ist ein Staat, der die Verwirklichung des Rechts nicht erstrebt und nicht erreicht, der sogar vielfach vorsätzlich Unrecht einsetzt, um sich und seine Führung zu erhalten.“

Es gehe nicht um die Frage, wie viel Unrecht in einem Staat geschehen müsse, damit er ein Unrechtsstaat sei, sondern vielmehr um die politische Haltung im Um-

gang mit dem Recht. Als Beispiel dafür, dass das Recht nicht das Maß der Politik in der DDR war, sondern die Parteilichkeit die Justiz bestimmt habe, nannte Busemann den Schießbefehl an der Mauer und an der gesamten DDR-Grenze, willkürlich verurteilte politische Gefangene, die Bespitzelung der Bevölkerung, Wahlbetrug, den staatlich organisierten Menschenhandel, die Zwangsadoptionen sowie die Verweigerung von Studienplätzen und Einschränkungen bei der Berufswahl von Menschen mit eigener Meinung.

Nicht zuletzt seien auch die Anerkennung von Menschenrechten, materielle Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und Rechtsklarheit unverzichtbar für einen Rechtsstaat. Nichts dergleichen habe es in der DDR gegeben, unterstrich der Justizminister.

Er sei enttäuscht, dass nach 60 Jahren Grundgesetz eine derartige

(Fortsetzung auf Seite 19)

Forsa: Nur eine Minderheit für die Einheitsschule

Die Einführung einer Einheitsschule, die in vielen Ländern in den Wahlkämpfen von SPD, Grünen und Linken als „Gemeinsame Schule“ oder unter ähnlichen Namen firmierte, stößt in der Bevölkerung überwiegend auf Ablehnung.

Nach einer Forsa-Umfrage befürwortet nur eine Minderheit die Abschaffung des bisherigen gegliederten Schulwesens zugunsten einer Schule für alle; 63 Prozent sind dagegen. Bei Befragten mit schulpflichtigen Kindern fällt das Votum sogar noch deutlicher aus: 29 zu 66 Prozent.

Selbst bei den SPD-Anhängern, die Gemeinschaftsschulen wie die Grünen und die Linke propagieren, will eine Mehrheit von 55 Prozent das bisherige System beibehalten. Anhänger von Grünen und Linken bringen nur eine knappe Mehrheit von 50 bzw. 53 Prozent für ihr Anliegen hinter sich, 48 bzw. 43 Prozent folgen ihnen nicht. Befragt worden

waren im Auftrag des Deutschen Philologenverbandes Mitte September 2009 über 1.000 Personen. Danach ist man auch in Ostdeutschland mehrheitlich (56 Prozent) gegen einheitliche Schulsysteme.

Die höchste Zustimmung nach Altersstufen findet sich mit 36 Prozent unter den 45- bis 59-Jährigen, die niedrigste mit 24 Prozent unter den 18- bis 29-Jährigen.

Weiter wurde festgestellt, dass nur eine Minderheit von 29 Prozent von einer Gemeinschaftsschule eine verbesserte Leistungsfähigkeit des deutschen Schulsystems erwartet; 65 Prozent der Befragten glauben das nicht, darunter 57 Prozent SPD-Anhänger, 53 Prozent Anhänger der Grünen und 48 Prozent der Linken.



Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ eingesetzt

Die CDU-Landtagsfraktion hat kürzlich eine Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ unter dem Vorsitz des Abgeordneten Jörg Hillmer eingesetzt. Sie soll auf der Grundlage der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen an ein zukunftsfähiges Niedersachsen“ bis Juni 2010 arbeiten.

Aufgabe ist es, die Chancen und Herausforderungen des demografischen Wandels zu analysieren und für das Flächenland Niedersachsen und die kommunale Ebene konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren, betonte der Parlamentarische Geschäftsführer Björn Thümler. Der Arbeitsgruppe gehören neben Hillmer noch Gabriele Kohlenberg als seine Stellvertreterin an sowie Otto Deppmeyer, Clemens Große Macke, Swantje Hartmann, Axel Miesner, Karl-Ludwig von Danwitz und Reinhold Hilbers.

Kurznachrichten

Niedersachsens CDU-Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen hat der Aktion Deutsche Sprache e.V. Hannover mitgeteilt: „Wir haben eine besondere Verantwortung für den sorgfältigen und behutsamen Umgang mit der deutschen Sprache.

Das betrifft Bildung und Kultur ebenso wie den Verbraucherschutz. Der Bürger muss das Recht verstehen können, wenn er es befolgen soll. Aus diesem Grund fordern wir ein übersichtlicheres und verständlicheres Recht. Wir wollen, dass Gesetze und Bescheide der Verwaltung in einer für den Bürger verständlichen Sprache abgefasst werden. Wir fordern die konsequente Umsetzung der Grundsätze der „besseren Gesetzgebung“ in Deutschland und der Europäischen Union. Die Sicherung und Pflege der deutschen Sprache ist gemeinsame Verpflichtung und gemeinsame Aufgabe. Entscheidend ist es, das gesellschaftliche Bewusstsein für Sprache zu schärfen. Die CDU setzt sich für

eine Verankerung der deutschen Sprache im Grundgesetz ein.

In einem Brief an das Bundesfinanzministerium hat die hannoversche CDU-Bundestagsabgeordnete Rita Pawelski geschrieben, dass sie hinsichtlich der Besteuerung der Renten immer wieder von besorgten Rentnerinnen und Rentnern angesprochen wird. Jetzt habe sich auch die Senioren-Union Hannover-Stadt mit zwei konkreten Forderungen an sie gewandt.

Nach Ansicht der Senioren-Union soll es zu einer Ratenzahlung für diejenigen Rentner geben, die auf Grund der gesetzlichen Änderung zur Rentenbesteuerung Steuernachzahlungen zu leisten haben. Darüber hinaus soll in den Steuernachforderungsbescheiden für diesen Personenkreis eine verständliche Information über die Beantragung von Nachzahlungen enthalten sein. Begründet

wird dies mit unserem höchst kompliziertem Steuersystem. Bei vielen alten Menschen herrsche über die veränderte Rentenbesteuerung nach wie vor Unklarheit, die zu Verunsicherungen führe. Die Bundestagsabgeordnete Rita Pawelski hat den Bundesfinanzminister „ganz herzlich gebeten, die Forderungen der Senioren-Union zu prüfen“. Und sie fragt: „Wie können für Rentnerinnen und Rentner Erleichterungen im Zusammenhang mit der Rentenbesteuerung erreicht werden?“ – Die Senioren-Union ist auf die Antwort gespannt.

(Fortsetzung von Seite 17)

Diskussion überhaupt noch geführt werden könne. Hintergrund der Einlassungen des Ministers ist u.a. ein Diskussionsbeitrag von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) im „Spiegel“, mit dem dieser sein künftiges rotes Regierungsbündnis zu rechtfertigen sucht, aber auch Einlassungen der niedersächsischen Linken, zuletzt im Landtag, in denen die DDR und das SED-System wiederholt verteidigt wurden.

Kommentare

Das Irrlicht

Es ist recht selten, dass einem Politiker zu dessen Beschreibung eine Vokabel zuteil wird, die ihrerseits nicht sonderlich gebräuchlich ist. Widerfahren ist das jenem Sigmar Gabriel, der von Niedersachsen aus seinen Start begonnen hat, der ihn nun zum SPD-Bundesvorsitzenden hat werden lassen.

Erst war bei einem Journalisten, der Gabriel in Niedersachsen erlebt hat, die Rede von einem „irrlichternden“ Politiker. Ein Blick in den Duden klärt darüber auf, dass es sich dabei um jemanden handelt, der wie ein Irrlicht funkelt, sich hin und her bewegt. Ein bisschen soll das wohl andeuten, dass man bei Gabriel nie gewiss sein kann, wohin und wofür er gerade funkelt.

Eine auch im Journalismus seltene Übereinstimmung hat es gefügt, dass auch die nächste Beschreibung Gabriels der Meinung war, ohne die Vokabel vom Irrlicht nicht auskommen zu

können. Inzwischen hat das Irrlicht Mengenkonzunktur bekommen. Es ist vielfach dazu genutzt worden, Sigmar Gabriel so zu skizzieren, wie ihm das am ehesten gerecht werden konnte. Er ist gleichsam das erste Irrlicht, das es an die Spitze einer einst großen Partei geschafft hat.

Gabriel hat in Niedersachsen als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion und dann als Ministerpräsident so manches geboten, das weder dem rechten noch dem linken Parteiflügel zuzurechnen war. In der Vielzahl seiner sich oft widerstreitenden Aktivitäten wurde er gleichsam zum Zauberer, bei dem man nicht wusste, was er seinem Zauberhut beim nächsten Mal entspringen lassen wollte. Eine recht eindrucksvolle rhetorische Begabung sorgt immer wieder einmal dafür, dass das nächste Irrlicht in Worten an die Öffentlichkeit gelangt, die nicht jedermann gelingen wollen.

Gabriel ist der zehnte Parteivorsitzende seit Willy Brandt, der noch nicht Ewigkeiten zurück-

liegt. Es beschreibt ein bisschen den Zustand, in dem sich die Sozialdemokraten befinden, dass sie es nun mit einem Irrlicht probieren wollen, das sich hoffentlich nicht zum Irrwisch fortentwickelt. (c.s. in "rundblick")

Alte und neue Garde

Die Entscheidung der saarländischen Grünen gegen ein Regierungsbündnis mit der Linken Oskar Lafontaines und für eine Verbindung mit Schwarz-Gelb ist für viele Grüne jenseits des Saarlandes wohl nicht ganz leicht zu schlucken.

Besonders deutlich wurde das an den süß-sauren Gesichtern der „alten Garde“ in Berlin, etwa in Gestalt von Fraktionschef Jürgen Trittin.

Er und seine Amtskollegin Renate Künast wirken in diesen Tagen ohnehin eher wie „von gestern“.

Nachdem die Grünen aus den Bundestagswahlen zwar mit einem

(Fortsetzung auf Seite 21)

(Fortsetzung von Seite 20)

respektablen Ergebnis, dem besten bislang überhaupt, hervorgegangen sind, aber dennoch nur die schwächste politische Kraft in einem Fünf-Parteien-Parlament darstellen, hätte man erwarten dürfen, dass in der Fraktionsführung etwas ähnliches wie ein Generationenwechsel stattfinden würde.

Statt dessen werden dem Publikum die seit Jahr und Tag sattem bekannten Gesichter vorgesetzt, von denen man kaum glauben mag, dass sie heute noch genauso für den gesellschaftlichen Wandel stehen wie vor zehn oder 20 Jahren. Die alten Parolen und Schlagwörter, die sie im Munde führen, stehen zumindest nicht dafür.

Die Schicksalsgemeinschaft mit den durch die Linke und ihren rachsüchtigen Chef Lafontaine gebeutelten Sozialdemokraten wollen offenkundig viele Landesverbände nicht mehr mitmachen.

Als erste haben sich vor eineinhalb Jahren die

Hamburger Grünen getraut und machen seither eine eher geräuschlose Politik für die Hansestadt mit dem durchaus weltoffenen CDU-Bürgermeister Ole von Beust.

Im Saarland geht man sogar das noch größere Risiko ein, mit einem „schwarzen“ Ministerpräsidenten und der Erzkonkurrentin FDP ein gemeinsames Kabinett zu bilden. Ob das funktioniert oder nicht, wird sich zeigen.

Eine Öffnung zur Mitte ist das für die Grünen allemal. Denn wenn etwas deutlich geworden ist bei der Wahl am 27. September 2009, dann doch wohl die alte Weisheit: Wahlen werden in der Mitte gewonnen (und verloren) und nicht an den Rändern – auch wenn sich das vor allem in der SPD nicht so recht herumsprechen mag.

Die Grünen allerdings können inzwischen schon als Partei der Mitte durchgehen. Dem sollten auch auf Bundesebene Taten folgen.

(az in „rundblick“)

Personalien

Hermann Bröring, langjähriger Landrat des Landkreises Emsland, wird mit dem Preis der Bauindustrie Niedersachsen-Bremen 2009 ausgezeichnet. Die Bauindustrie will mit dieser Verleihung die besonderen Verdienste Brörings bei seinen „innovativen wirtschaftspolitischen Aktivitäten und sein erfolgreiches Engagement bei der privaten Finanzierung öffentlicher Investitionen“ würdigen.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Nach den Statuten soll der Preisträger das Preisgeld nach eigenem Ermessen der wissenschaftlichen Forschung zugute kommen lassen. Die Preisverleihung findet im Januar 2010 in Hannover statt.

* * *

Jörg Bode, Celle, bisheriger Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, ist neuer Wirtschaftsminister in Niedersachsen geworden. Bode hat die Nachfolge von **Dr. Philipp Rösler** angetreten, der zuvor sein Landtags-

(Fortsetzung auf Seite 22)

(Fortsetzung von Seite 21)

mandat niedergelegt hatte und von seinem Amt als Wirtschaftsminister zurückgetreten war, um als Gesundheitsminister in das neue Bundeskabinett einzutreten.

Ministerpräsident **Christian Wulff** würdigte Rösler als jemanden, der „Glanz in Niedersachsens Kabinett gebracht und sich in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise als Krisenmanager bewährt“ habe. Jetzt werde er den Einfluss Niedersachsens in der Bundesregierung stärken. Wulff setzt darauf, dass mit Minister Bode „die erfolgreiche Arbeit der CDU/FDP-Koalition verlässlich fortgeführt“ wird. Bode habe „die FDP-Fraktion souverän geführt und entschlossenes Regierungshandeln umgesetzt“. Gleichzeitig wurde der seit fast zwei Jahren amtierende Generalsekretär der niedersächsischen FDP, **Dr. Oliver Liersch**, von Minister Jörg Bode zum neuen Staatssekretär im niedersächsischen Wirtschaftsministerium berufen. Der FDP-Landesvorsitzende Dr. Philipp Rösler dankte dem 35jährigen Rechtsanwalt

für seine hervorragende Arbeit im Landesvorstand und für den FDP-Landesverband. Das Amt des FDP-Generalsekretärs bleibt bis zu den nächsten Landesvorstandswahlen im März 2010 unbesetzt.

* * *

Die hannoversche Landesbischofin **Dr. Margot Käßmann** ist neue Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Sie wurde von der EKD-Synode in Ulm mit 132 von 142 Stimmen und ohne Gegenkandidaten für die kommenden sechs Jahre gewählt. Die 51-jährige Theologin aus Hannover löst den Berliner Bischof **Wolfgang Huber** ab, der nach einer Amtsperiode aus Altersgründen auschied. An der Spitze der EKD steht damit zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Frau. Käßmann wird ihr neues Amt zusätzlich zu ihren Aufgaben als Bischofin wahrnehmen.

„Niedersachsen freut sich über die Wahl unserer hannoverschen Landesbischofin“, sagte Ministerpräsident **Christian Wulff** und bescheinigte Käßmann „hohe

integrative Strahlkraft“.

Für die Landesregierung sei sie stets eine verlässliche Partnerin gewesen und habe die Weitergabe des Glaubens in der modernen Gesellschaft, den interkulturellen Austausch, die Ökumene und den Dialog zwischen den Religionen gefördert: Käßmann werde sicher neue Akzente setzen, die richtungweisend für die Kursbestimmung des modernen Kirchenschiffs würden, meinte Wulff.

Der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen und der CDU-Landtagsfraktion, **David McAllister**, gratulierte der neuen Ratsvorsitzenden und sagte: „Die bisherige Arbeit von Margot Käßmann als Landesbischofin unserer evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover ist sehr anerkannt und geschätzt. Sie ist eine interessante Persönlichkeit, die sich über die niedersächsische Landesgrenze hinaus für die Belange der Gläubigen in der evangelischen Kirche einsetzt.“

* * *

(Fortsetzung auf Seite 23)

(Fortsetzung von Seite 22)

Gregor Möllring, bisher Beisitzer im Landesvorstand der Grünen Jugend Niedersachsen, ist auf der Mitgliederversammlung der Jugendorganisation in Gifhorn zum Vorstandssprecher gewählt worden. Er tritt damit die Nachfolge von **Sven Christian Kindler** an, der bei der Bundestagswahl ins Bundesparslament gewählt wurde.

Möllring, der den Landesvorstand gemeinsam mit **Julia Willie Hamburg** führt, möchte künftig vor allem für die Verteidigung der Bürgerrechte streiten „und Innenminister **Schöne-mann** das Leben schwer machen“. Der neue Vorstandssprecher der Grünen Jugend ist Sohn des niedersächsischen CDU-Finanzministers **Hartmut Möllring**.

AG treibt Großkunden offenbar immer mehr in die Arme privater Postdienstleister. So hat in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres die Citipost Hannover-Braunschweig-Göttingen mit 23,6 Millionen Briefsendungen um 1,1 Millionen oder fünf Prozent mehr befördert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

* * *

Vermischtes in Kurzmeldungen

Die Kinderarmut geht in Niedersachsen seit März 2007 fast kontinuierlich zurück.

Das hat der Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie jetzt in Hannover mitgeteilt. Anhand von Daten der Bundesagentur für Arbeit über Bezieher von Leistungen nach „Hartz IV“ wurde ermittelt, dass die Zahl der Kinder unter 15 Jahren in deren Haushalten von 205.143 auf nunmehr 178.900 im April 2009 gesunken ist. Diese Zahl entspricht einem Anteil von 15,4 Prozent an der Bevölkerung im Alter von unter 15 Jahren.

* * *

Um sechs Prozent auf 83.260 hat sich die Zahl der Empfänger der so genannten Grundsicherung im vergangenen Jahr erhöht. Mehr als die Hälfte (56 %) der Bezieher waren Frauen, bei den über 65-jährigen waren es sogar zwei Drittel (67 %) gegenüber einem Anteil von 57 % Frauen an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

* * *

Citipost stellt jetzt blaue Briefkästen auf. Denn die nachlassende Zuverlässigkeit des Briefdienstes der Deutschen Post

Das Punktesystem des Flensburger Verkehrszentralregisters soll überprüft werden, insbesondere ob die Tilgungsfristen auch bei einfachen Verstößen automatisch verlängert werden müssen. Das hat der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages einstimmig empfohlen. Außerdem soll überprüft werden, auf welche Weise die Bürger durch ein vereinfachtes Verfahren über ihren aktuellen Punktestand informiert werden können.

* * *

Die Kraftfahrzeugzulassung gehört in die Rathäuser. Das hat der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund gefordert. Er wird dabei vom Kraftfahrzeugge-

(Fortsetzung auf Seite 24)

(Fortsetzung von Seite 23)

werbe unterstützt. In einem Schreiben heißt es, die An- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen sei bisher ein bürokratisches und zeitaufwendiges Geschäft. Insbesondere die Autohäuser verbringen einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit damit, die für sie im Kreisgebiet ausschließlich zuständige Kfz-Zulassungsstelle aufzusuchen. Alle Städte und Gemeinden, die es wollen, sollten auf Antrag mit den Aufgaben der Kfz-Zulassung betraut werden.

* * *

Die Sponsoringvorschriften werden konkretisiert. Nach einem vom Bundesinnenministerium vorgelegten Verordnungsentwurf soll über die Annahme von Zuwendungen bis zu hundert Euro der Bürgermeister selbst entscheiden dürfen. Bei Spenden bis zu 2.000 Euro soll der Rat seine Zuständigkeit auf den Verwaltungsausschuss delegieren können.

* * *

Stromkunden auf dem Land zahlen durchschnittlich 4,2 % mehr

für ihren Strom als in den Großstädten. Von den Stromversorgern werden als Grund für die Preisunterschiede höhere Kosten für weitere Wege zu den Kunden genannt, die auf die Verbraucher umgelegt werden. In der Praxis ist das nur ein vorgeschobenes Argument. So verlangt beispielsweise die EWE (Oldenburg), ein typischer Flächenversorger, 830 Euro für den Musterhaushalt und ist damit in Niedersachsen am preiswertesten. Es folgen die Stadtwerke Hannover mit 940 Euro. E.ON Westfalen-Weser mit 989 Euro, LSW Wolfsburg und SVO Energie mit jeweils 886 Euro.

* * *

Die Entkommunalisierung im Krankenhausbereich geht weiter. Der Anteil der Krankenhäuser in privater Trägerschaft ist in Deutschland von 16,2 % im Jahr 1993 auf 29,7 % im Jahr 2007 gestiegen. Nach der Krankenhausstatistik des Statistischen Bundesamtes waren 2007 insgesamt 677 Krankenhäuser in öffentlicher, 790 in freigemeinnütziger und 620 in privater Trägerschaft.

Hier spricht der Bundesvorstand

Jagdschein künftig schwieriger als Bundeswehrgrundausbildung

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff, hat sich gegen eine Verkürzung der Wehrdienstzeit auf sechs Monate ausgesprochen: "Es kann doch nicht angehen, dass man glaubt, eine Ausbildung an hochmodernen und hochkomplizierten Waffensystemen schneller absolvieren zu können als die Ausbildung zu einem einfachen Jagdschein, der es dem Jäger erlaubt, auf Böcke zu schießen", sagte Wulff, der auch Mitglied des CDU-Bundesvorstands ist, in Berlin.

Bei einer seriösen Jagd-Ausbildung benötige man acht bis neun Monate, ehe man zur Jägerprüfung zugelassen werde, betonte Wulff, der selbst passionierter Jäger ist. Wehrpflichtige aber wolle man künftig

(Fortsetzung auf Seite 25)

(Fortsetzung von Seite 24)

bereits nach sechs Monaten wieder nach Hause schicken: "Ein Unding!" Zwar kenne auch er Angebote, die versprechen, in wenigen Wochen jagdscheinreif werden zu können.

Das aber seien "Angebote für Sonntagsjäger". Deutschland brauche aber keine "Feierabendarmee", sondern eine gut ausgebildete, motivierte und international im Friedensdienst

einsetzbare Truppe. Die mit der Kürzung der Wehrdienstzeit verbundene Reduzierung des Zivildienstes wird von der Senioren-Union ebenfalls abgelehnt.

Wulff: "In vielen Pflegeeinrichtungen werden diese jungen Leute bitter benötigt, und sie bekommen wichtige Erfahrungen für das Zusammenleben der Generationen." Die Koalition solle ihre "vorschnelle" Entscheidung noch einmal überdenken.

summe, dann steigt auch die Rente." Wenn selbst nach Auffassung des Sachverständigenrates ("Fünf Weise") sich die deutsche Wirtschaft in der Krise besser entwickle als befürchtet und von einem Wachstum von 1,6 Prozent des Bruttoinlandproduktes auszugehen sei, sollte die "Panikmache erst einmal eingestellt" werden.

Die Bundesregierung hatte erst vor zwei Wochen eine Zunahme von lediglich 1,2 Prozent prognostiziert.

Warnung vor "falschen Propheten" in der Rentendiskussion

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU Deutschlands, Prof. Dr. Otto Wulff, hat vor „falschen Propheten“ in der gegenwärtigen Rentendiskussion gewarnt.

"Es ist unerträglich, wie von angeblichen Experten, die in Wirklichkeit falsche Propheten sind, Tag für Tag neue Rechenexempel zur Verunsicherung der älteren Generation auf den Markt geworfen werden," sagte Wulff in Ber-

lin: "Dabei weiß bis zur Stunde niemand genau, wie die Lohnentwicklung 2009 und 2010 sein wird." Alle "Prognosen" auf "so genannte Nullrunden in den nächsten Jahren" seien nichts anderes als "wissenschaftlich verbrämte Kaffeesatzleserei."

Da die Renten an die Lohnentwicklung gekoppelt seien, müsse oberstes Ziel jeder Wirtschaftspolitik die Schaffung von Arbeitsplätzen sein. "Steigt die Lohn-

Wulff wies darauf hin, dass die Rentenkassen aufgrund der "demografischen Fakten" in den nächsten Jahren einen "spürbaren Rückgang neuer Rentenempfänger" verzeichnen würden. "Die Nachkriegsjahrgänge 1945 bis 1950, die jetzt ins Rentenalter kommen, waren zahlenmäßig äußerst schwach."

Erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung zu Beginn der 50er Jahre sei die Geburtenziffer in Deutschland wieder deutlich angestiegen.

Aus dem Landesvorstand

In der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands im September 2009 berichtete der Landesvorsitzende Rolf Reinemann in einem Rückblick auf die letzte Sitzung des Bundesvorstands der Senioren-Union, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel die Senioren-Union und ihren Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Otto Wulff für ihr Engagement sehr gelobt habe und dass maßgebliche CDU-Politiker großen Wert auf den Wahlkampfinsatz gerade der Senioren-Union legten.

Eine längere Diskussion habe es um das Thema Senioren-Beiräte gegeben, die in vielen Landkreisen und auch auf Länderebene traditionell oft sehr „linkslastig“ seien, herrührend aus der Zeit vor einigen Jahrzehnten, als Senioren generell zu der Gruppe der „Sozialfälle“ gehörten. Eine eigens eingerichtete Kommission soll jetzt unverzüglich das Thema aufarbeiten.

Landesgeschäftsführer Ernst Engelhard berichtete, Niedersachsen ha-

be für die Verleihung der Konrad-Adenauer-Medaille für zwei Mitglieder das Vorschlagsrecht. Die Kreisvereinigungen sollen gebeten werden, Vorschläge zu machen. Er legte ferner einen Bericht über die Mitgliederentwicklung der Senioren-Union Niedersachsen von 2005 bis 2009 vor. Danach gehören der Senioren-Union Niedersachsen zum Stichtag 31. Juli 2009 insgesamt 8.048 Mitglieder an. Es wurde angeregt, eine Werbeaktion vorzubereiten.

Nachdem alle Vorbereitungen, insbesondere die Rufumschaltung, abgeschlossen sind, soll das Senioren-Service-Büro im Oktober 2009 erstmals in Betrieb gehen. Unter der Telefonnummer **0511 - 2799161** können die Mitglieder der Senioren-Union jeweils montags zwischen 16 und 18 Uhr anrufen und Fragen stellen, sich nach Problemlösungen erkundigen oder Sorgen und Nöte diskutieren. Ansprechpartner ist jeweils ein Mitglied des Landesvorstands. Den Anfang

macht der Landesvorsitzende Rolf Reinemann. Pressesprecher Rolf Zick, Herausgeber des Senioren-Reports, monierte, dass aus der im Januar dieses Jahres eingesetzten Arbeitsgruppe zur Neuorganisation des Versands des Senioren-Reports bisher noch kein Ergebnis vorliegt. Auch auf seine Bitte um Stellungnahme zu der Umgestaltung des Senioren-Reports in zwei Versionen – einmal in Farbe und mit Fotos für das Internet und zum anderen in schwarz-weiß ohne Fotos für den Versand – dazu dreispaltiger Umbruch und größere Schrift habe es noch nicht eine einzige Antwort gegeben.

Rolf Reinemann berichtete von einem erfolgreichen Gespräch mit Herrn Krieger von der Vereinigten Post Versicherung (VPV), die einen Zuschuss von 4.000 Euro zugesagt habe. Mit dem Reiseunternehmen Terra Mundi seien Gespräche um Zusammenarbeit geplant. Rolf Reinemann will sich außerdem mit dem Verlagsleiter Alexander Lenders vom Weiss-Verlag, der

(Fortsetzung auf Seite 27)

(Fortsetzung von Seite 26)

„Souverän“ verlegt, sowie mit dem Verlagsrepräsentanten von Braun Medien GmbH in Verbindung setzen, um eine Zusammenarbeit beziehungsweise eine Beilage des Senioren-Reports in „Souverän“ auszuloten. Udo Röhrig sagte, Ziel müsse sein, dass jedes Mitglied der Senioren-Union Niedersachsen den Senioren-Report bekommt. Bei einer Auflage von 8.000 bis 10.000 Exemplaren könnten dann auch Sponsoren eher überzeugt werden, als bei den derzeitig rund 400 gedruckten Exemplaren.

* * *

In der Sitzung des Landesvorstands am 7. Oktober 2009 berichtete der Landesvorsitzende Rolf Reinemann, dass die Telefonaktion **„Senioren-Service-Büro“** angelaufen sei. Beim ersten Mal habe es jedoch noch keine Anrufe gegeben. Da die Aktion offensichtlich noch nicht in allen Kreisvereinigungen angekommen ist, sollen Vorstand und Geschäftsführung Maßnahmen treffen, um die Mitglieder „auf allen Kanälen“ zu unterrichten. **Es geht um die Te-**

lefonnummer 0511 – 27 99 161, unter der die Mitglieder montags zwischen 16 und 18 Uhr anrufen können, um alle Fragen, die ihnen auf den Nägeln brennen, zu stellen.

Nachdem der Vorstand eingehend über das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2009 diskutiert hatte, wurden die Mitglieder des Vorstands und die Kreisvereinigungen gebeten, über ihre Erfahrungen aus dem Wahlkampf der letzten Bundestagswahl am 27. September 2009 schriftlich zu berichten. Landesgeschäftsführer Ernst Engelhard soll den Kreisvereinigungen, die mehr als hundert Faltblätter für den Bundestagswahlkampf erhalten haben, entsprechende Rechnungen ausschreiben.

Auf Vorschlag des Schatzmeisters Dr. Burkhard Last soll die Weihnachtsfeier mit den „Ehemaligen“ in diesem Jahr aus finanziellen Gründen ausfallen.

* * *

In der letzten Sitzung des Landesvorstands am 4. November 2009, die wiederum sehr schwach besetzt war,

wurden u.a. die vom stellvertretenden Landesvorsitzenden Gerhard Winter vorgelegten „Prüfsteine“ diskutiert, die die Senioren-Union Niedersachsen der neuen CDU/CSU/FDP-Bundesregierung unter der Kanzlerin Angela Merkel mit auf den Weg gegen will (siehe Seite 10).

Außerdem gab es, angesichts der bevorstehenden Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Falles der Berliner Mauer eine längere Diskussion darüber, dass die Schüler in den deutschen Schulen viel zu wenig über die jüngste deutsche Geschichte, insbesondere über die ehemalige DDR und die deutsche Wiedervereinigung, wissen und dass dieses Fach in den Unterricht aufgenommen werden solle. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Peter Hoffmann soll entsprechende Vorschläge und Anregungen erarbeiten, die als mögliche Rahmenrichtlinien vor allem an die Kultusministerkonferenz geleitet werden sollen. (siehe Seite 15). Auch das Thema „Reduzierung der allge-

(Fortsetzung auf Seite 28)

Aus den Vereinigungen der CDU in Niedersachsen

Frauen Union Niedersachsen wählt neuen Landesvorstand

Die wiedergewählte Landesvorsitzende der Frauen Union, Dr. Eva Möllring, Hildesheim, konnte sich bei den Vorstandswahlen am 23./24.10.09 in Emden über 85 % der Stimmen freuen: Eine überzeugende Bestätigung ihrer Arbeit in den letzten sechs Jahren. Als ihre drei Stellvertreterinnen wurden Dorothea Dannehl, Kreisverband Helmstedt, Wiltrud Schumann, Kreisverband Celle, Magdalene Wilmes, Kreisverband Wesermarsch, bestätigt und 10 Beisitzerinnen gewählt. Neu in den Vorstand gekommen sind Marlies Dornieden (KV Göttingen), Manuela Hübscher (KV Wolfenbüttel), Gisela Konrath, MdL (KV Hannover-Stadt), Andrea Risius (KV Emden), Karina Schölzel (KV Osna-brück-Stadt) und Christa Siefken (KV Oldenburg-Land). Nach Diskussion mit der niedersächsischen Kultusministerin Elisabeth Heister-

Neumann zum Thema "So machen wir Schule in Niedersachsen" hat die Frauen Union ein Positionspapier zur Bildungspolitik mit den **S c h w e r p u n k t e n** "Frühkindliche Bildung", "Übergang Schule und Beruf" und "Wiedereinstieg in den Beruf" beschlossen.

Danach soll die Förderung für zwei- und dreijährige Kinder noch weiter ausgebaut werden. Ein bedarfsgerechtes, flexibles Angebot von Betreuungsplätzen ist der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und erfolgreiche Teilhabe aller Kinder im späteren Leben, sagte die Landesvorsitzende. Die Frauen Union Niedersachsen unterstützt die Anstrengungen zur engeren Verzahnung zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, wie beispielsweise im "Neustädter Modell", das mit konkreten Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der schuli-

schen Arbeit die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen stärkt. Einen besonderen Stellenwert nimmt die Weiterqualifizierung von Müttern ein. Neben der Information sind Anpassungs- und Neuqualifizierungsmaßnahmen für ältere Berufsrückkehrerinnen weiter auszubauen. Junge Mütter und Väter sollten für zielgerichtete Fortbildungsmaßnahmen finanziell unterstützt wer-

(Fortsetzung von Seite 27)

meinen Wehrpflicht auf sechs Monate“, wie im Koalitionsvertrag auf Drängen der FDP festgehalten wird, wurde eingehend diskutiert. Rolf Reinemann, der bis zu seiner Pensionierung aktiver Soldat war, betonte, es müsse vor allem das Thema Wehrerechtigkeit thematisiert werden. – Die nächste Landesdelegiertenversammlung der Senioren-Union Niedersachsen soll voraussichtlich Anfang Juni 2010 stattfinden. Die ursprünglich für den 4.11.09 angesetzte Tagung des Landesausschusses musste wegen zu geringer Beteiligung kurzfristig abgesetzt werden.

CDA nimmt Abschied von Hans Derben

Am 21. Oktober 2009 verstarb auf tragische Weise unser CDA-Kollege Hans Derben im Alter von 82 Jahren. Die Nachricht von seinem Tod hat uns alle zutiefst getroffen. Hans Derben war seit 1944 im Reichsarbeitsdienst und in den letzten Kriegswochen Kriegsteilnehmer des Zweiten Weltkrieges. Er wurde verwundet und geriet in russische Kriegsgefangenschaft. Seitdem war er schwer kriegsgeschädigt. Er schloss seine Schulausbildung erst nach dem Krieg an einem humanistischen Gymnasium ab. Im Jahr 1948 wurde Hans Derben Angestellter in der niedersächsischen Versorgungsverwaltung. Als Arbeitnehmervertreter wurde er im Jahre 1952 zunächst Betriebs- bzw. Personalratsvorsitzender im Versorgungsamt Hannover. Später, von 1961 bis 1967, stellvertretender Hauptpersonalratsvorsitzender im Niedersächsischen Sozialministerium. Derben war Mitglied der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, der späteren ver.di. Über viele Jahre hinweg prägte Hans Derben die Arbeit

der CDA in Niedersachsen und war dabei über drei Jahrzehnte Kreisvorsitzender der Sozialausschüsse Hannover, von 1961 bis 1985 Vorsitzender des CDA-Landesverbandes Hannover und anschließend Ehrenvorsitzender. Zugleich gehörte er von 1961 bis 1985 dem CDA-Bundesvorstand an. Dem Rat der Landeshauptstadt Hannover gehörte er von 1961 bis 1968 an. Weiter wurde Hans Derben Mitglied des Niedersächsischen Landtages von 1967 bis 1982 und von 1985 bis 1986. Er war Schriftführer des Niedersächsischen Landtages von 1970 bis 1982. In seinen unterschiedlichen Funktionen in der CDA und in den Arbeitnehmergruppen der CDU hat er mit großer Leidenschaft und zugleich mit Augenmaß für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gekämpft. Dabei war ihm die Behinderten- und Integrationspolitik ein besonderes Anliegen. Mit Hans Derben verliert die CDU ein Urgestein der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in Niedersachsen.

Junge Union will Wahlanalyse auf außer- ordentlichem CDU- Bundesparteitag

Die Junge Union (JU) hat auf dem JU-Deutschlandtag in Münster die CDU einstimmig aufgefordert, das mäßige Ergebnis der Union bei der letzten Bundestagswahl auf einem außerordentlichen CDU-Bundesparteitag offen zu analysieren.

"Auch die JU Niedersachsen hat einen entsprechenden Initiativantrag mehrerer Landesverbände mitgetragen. Wir wollen, dass über das Ergebnis und die Schlussfolgerungen daraus offen debattiert wird", sagte der JU-Landesvorsitzende Sebastian Lechner.

Mit der Verabschiedung der "Münsteraner Erklärung" habe die JU zudem deutlich gemacht, auf welchen Politikfeldern die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP einen Schwerpunkt ihrer Arbeit legen müsse.

(Fortsetzung auf Seite 30)

(Fortsetzung von Seite 29)

JU wehrt sich weiterhin gegen Förderung der Linksjugend

Der Landesverband Niedersachsen brachte sich in Münster intensiv in die inhaltliche Debatte der CDU/CSU-Jugendorganisation ein.

Zahlreiche Anträge der JU Niedersachsen fanden die Mehrheit der Delegierten.

So fordert die JU unter anderem Aussteigerprogramme für Linksextremisten und die bundesweite Einrichtung neuer Formen von Erziehungs- und Wiedereingliederungseinrichtungen für jugendliche Intensivtäter.

Durchsetzen konnte sich der Landesverband auch mit seiner Forderung, die Wahllisten für die Europawahl abzuschaffen und die Parlamentarier zukünftig über Direktmandate zu legitimieren.

"Ein großer Teil der Sachanträge auf dem diesjährigen Deutschlandtag stammte aus der Feder der JU Niedersachsen. Dies zeigt, dass der Landesverband in seiner inhaltlichen Arbeit gut aufgestellt ist", sagte Lechner.

Die Junge Union (JU) Niedersachsen schlägt eine grundlegende Änderung des Förderungssystems für die politischen Jugendorganisationen in Niedersachsen vor. Sie positioniert sich gleichzeitig gegen die Pläne von Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann, mit einer neuen Förderrichtlinie künftig allen politischen Jugendverbänden der im Landtag vertretenen Parteien Unterstützung zu gewähren.

Das könnte möglicherweise auch für die Linksjugend ‚solid‘ gelten, die seit Jahren vergeblich darum kämpft, in die Vereinigung Politischer Jugend (VPJ) aufgenommen zu werden, um auf diesem Weg in den Genuss der Landesförderung zu kommen. Da im VPJ das Einstimmigkeitsprinzip gilt, scheitert die Aufnahme von „solid“ bisher am Veto der JU.

Die CDU-Jugendorganisation will auch weiterhin links- und rechtsextremistische Jugendverbände grundsätzlich von einer Förderung aus-

schließen. Im Gegensatz zu den Programmen der demokratischen politischen Jugendorganisationen erhebe die Linksjugend verfassungsfeindliche Forderungen und spreche sich beispielsweise für einen „grundsätzlichen Systemwechsel“ aus.

Extremistische Organisationen dürften nicht mit demokratischen Jugendverbänden gleichgesetzt werden, fordert der JU-Landesvorsitzende Sebastian Lechner. Mit dem „Entgegenkommen“ gegenüber der vom Niedersächsischen Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft Linksjugend öffne das Sozialministerium auch die Tür für spätere Forderungen rechtsextremistischer Jugendorganisationen wie den Jungen Nationaldemokraten. Hier sei sich die Landesregierung der möglichen Konsequenzen offenbar nicht hinreichend bewusst, meint Lechner. Grundlage der Förderung müsse daher wesentlich „das glaub-

(Fortsetzung auf Seite 31)

(Fortsetzung von Seite 30)

hafte Bekenntnis zu den Werten des Grundgesetzes“ sein, fordert die JU. Gleichzeitig will der CDU-Nachwuchs überflüssige bürokratische Hemmnisse abbauen und die Förderung nach dem hessischen Modell neu ordnen: Dort werden die politischen Jugendorganisationen ebenso wie andere Verbände direkt durch die unabhängige Lottogesellschaft gefördert.

Neben dem Nachweis der Verfassungstreue sei es wichtig, dass Jugendorganisationen, die eine Förderung beantragen, eine kontinuierliche Tätigkeit in mindestens zwei Drittel aller Landkreise und kreisfreien Städte in Niedersachsen mit demokratisch legitimierten Vorständen belegen könnten. Die Zahlung von Staatsgeldern müsse sich an dem tatsächlichen Stellenwert der Jugendorganisation orientieren. Die Mitgliederstärke sei ein wichtiges Indiz, ob ein Verband innerhalb der Jugend verankert sei oder bloß auf dem Papier existiere, begründet Lechner den Vorstoß der JU.

Junge Union besichtigt Schachanlage Asse

Eine Gruppe der Jungen Union (JU) Niedersachsen besichtigte kürzlich die Schachanlage Asse bei Wolfenbüttel. Die JU-Mitglieder informierten sich vor Ort über den aktuellen Sachstand zu den Stilllegungsplänen für das seit Monaten in den Schlagzeilen befindliche Versuchsendlager für mittel- und schwachradioaktive Abfälle. Der JU-Landesvorsitzende Sebastian Lechner erklärte nach der Führung durch das Bergwerk: „Das Beispiel des Versuchsendlagers Asse dokumentiert, wie in der

politischen Diskussion um die Kerntechnik die Ängste der Menschen instrumentalisiert werden. Es hat in der Vergangenheit im Versuchsendlager Asse unzweifelhaft Fehler gegeben. Die Wahl des Standortes und die früheren Einlagerungsmethoden entsprechen nicht heutigen Standards. Dennoch sollten keine unrealistischen Gefährdungsszenarien der Bevölkerung herbeigeredet werden. Politische Aktivisten dürfen nicht mit den Ängsten der Menschen spielen.“

Aus den Kreisvereinigungen

Die **Kreisvereinigung der Senioren-Union in Braunschweig** trauert um ihr im 85. Lebensjahr plötzlich verstorbenes Mitglied Harald Keindorff. Er war 1925 in Magdeburg geboren, trat 1968 in die CDU und am 1. Januar 1990 in die Senioren-Union in Braunschweig ein. Im Jahr 2001 war er in den Landesvorstand der Se-

nioren-Union Niedersachsen gewählt worden, dem er vier Jahre lang angehörte. Harald Keindorff war ein ruhiger, besonnener Mann, der lieber im Hintergrund als im Rampenlicht der Öffentlichkeit agierte, aber immer die Fäden in der Hand hielt. Im Landesvorstand waren sein Engagement und sein

(Fortsetzung auf Seite 32)

(Fortsetzung von Seite 31)

sachliches Urteil sehr geschätzt. In vielen sozialen Organisationen der Stadt war es als Unterstützer bekannt und anerkannt. Bis zu seinem Todestag war er mit der CDU verbunden. Die Senioren-Union wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

* * *

Mit 40 Mitgliedern unternahm die **Senioren-Union Wolfsburg** ihre diesjährige Mehrtagesfahrt nach Kitzbühel. Ziel des ersten Tages und Ausgangspunkt für alle Tagesausflüge war das im Tiroler Landhausstil eingerichtete und familiär geführte Alpenhotel am idyllischen Schwarzsee in Kitzbühel.

Ziel des zweiten Tages war die Ferienregion Hohe Salve. Das Naturerlebnis wurde den Wolfsburger Senioren durch eine Führung nähergebracht. Am dritten Tag wurde der Obersalzberg, der nach 1933 neben Berlin zum zweiten Regierungssitz der Nationalsozialisten ausgebaut worden war, aufgesucht. Eine Besichtigung mit Gästeführer und Muse-

umsbesuch schloss sich an. Am nächsten Tag ging es nach Kufstein mit anschließender Burgführung. Der Nachmittag wurde in Reit im Winkel verbracht. Einer der Höhepunkte der Reise war am fünften Tag der Besuch von Innsbruck, wo eine ausführliche Stadtführung mit dem Besuch des Neuen Rathauses einschließlich politischer Führung auf dem Programm stand.

Am folgenden Tag wurde Salzburg besucht mit Stadtführung und dem Besuch des Schlosses Mirabell. Der letzte Tag stand ganz im Zeichen von Kitzbühel. Nach einer ausführlichen Stadtführung konnte man das einzigartige Flair dieser Stadt genießen. Am achten Tag hieß es dann Abschied nehmen von einem traumhaften Alpenurlaub, der von der Vize-Vorsitzenden Erika Koegel hervorragend organisiert war.

* * *

Das einjährige Jubiläum der **Senioren-Union Rinteln** hat durch den Auftritt des Landesvorsitzenden der Senioren-

Union Niedersachsen, Rolf Reinemann, einen ganz besonderen Wert und Glanz erhalten. Der besondere Wert kam mit den vielen guten Tipps und Ratschlägen und Reinemanns weckenden Aussagen und informativen Ansprachen in allen drei Teilen des Tages klar zum Ausdruck.

Rolf Reinemann hat Klartext gesprochen. Den Glanz versprühte er durch sein bestimmendes Auftreten und durch seine gelebte politische Überzeugung. Überzeugend war auch der Gedankenaustausch mit den Gesprächspartnern des Seniorenbeirats der Stadt Rinteln, mit den leitenden Mitarbeitern der Senioren- und Pflegeeinrichtung Am Seetor und für alle Teilnehmer am einjährigen Jubiläum der Senioren-Union Rinteln im Hotel Stadt Kassel.

* * *

Einen Führungswechsel hat es an der Spitze der **Senioren-Union Bezirksvereinigung Elbe-Weser** gegeben. Der bisherige langjährige Vorsitzende Martin

(Fortsetzung auf Seite 33)

(Fortsetzung von Seite 32)

Schnaars, auch Mitglied des Landesvorstands der Senioren-Union Niedersachsen, stellte sich mit nun 80 Jahren nicht mehr zur Verfügung. Zu seinem Nachfolger wählte die Delegiertenversammlung des Bezirks in Bremervörde den 68jährigen früheren Großhandelskaufmann Hans-Georg Kühlke aus Hemmoor. In seinem Rechenschaftsbericht wies der scheidende Martin Schnaars besonders auf die Resolution der Bezirksvereinigung hin, in der eine effizientere Alterssicherung gefordert wurde und die sehr positive Reaktionen im Bundesarbeitsministerium, bei der CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Martina Krogmann und der Bundesgeschäftsführung der Senioren-Union gefunden hatte.

Die relativ lange Zeit von drei Jahren seit der letzten Bezirksdelegiertenversammlung begründete Martin Schnaars mit der starren Haltung der **Senioren-Union Kreisvereinigung Stade**, die eine Mitarbeit auf Bezirksebene nicht mehr für erforderlich hielt.

Selbst der Hinweis, dass durch den Stader Rückzug jeweils ein Mitglied aus dem Bezirks- und Landesvorstand ausscheiden müsse, habe die Senioren-Union Stade nicht zu einer Umkehr bewegen können. Glücklicherweise habe sich dagegen die **Senioren-Union im Landkreis Rotenburg** neu formiert und sei auch wieder mit einem Mitglied im Bezirksvorstand vertreten.

Der stellvertretende Vorsitzende der Bezirksvereinigung, Klaus Huisinga, Hemmoor, dankte Martin Schnaars, „der das Schifflin Bezirksvereinigung Elbe-Weser auch in schwierigen Zeiten immer wieder in ruhigere Gewässer manövriert“ habe. Der Rotenburger CDU-Kreisvorsitzende Albert Rathjen, jetzt selbst Mitglied der Senioren-Union, dankte den Senioren für ihre beispielhafte Unterstützung im letzten Bundestagswahlkampf und forderte sie auf, weiterhin ihre berechtigten Interessen mit Nachdruck zu vertreten.

Die Versammlung wählte Martin Schnaars und

Klaus Huisinga zu Stellvertretern des neuen Bezirksvorsitzenden.

Neue Schriftführerin ist Renate Rittmeyer, Schiffdorf, und Schatzmeister Manfred Kleiner, Cuxhaven, Kassensprüfer Hans-Heinrich Baack, Lamstedt, und Fred Ehlers, Loxstedt. Beisitzer im Bezirksvorstand sind für die **Kreisvereinigung Cuxhaven** Egon von Holten, Hechtenhausen, Peter Heyn, Cuxhaven, und Dietmar Weritz, Hemmoor; für die **Kreisvereinigung Osterholz** Volkert Richter, Lilienthal, und Heinz-Bolko Schottke, Osterholz-Scharmbeck. Die neu gegründete **Senioren-Union Rotenburg** entsendet als Beisitzer Josef Essmann, Rotenburg.

* * *

Zu Beginn der Mitgliederversammlung der **Kreisvereinigung Hannover-Land** am 15. September 2009 in der CDU-Landesgeschäftsstelle Wilfried-Hasselmann-Haus in Hannover stellten sich zunächst die beiden Bundestagskandidaten für die han-

(Fortsetzung auf Seite 34)

(Fortsetzung von Seite 33)

noverschen Regionswahlkreise Dr. Maria Flachsbarth, MdB, und Sebastian Lechner, Landesvorsitzender der Jungen Union Niedersachsen, vor. Ihre engagierten Wahlreden, vor allem soweit sie sich auf die Senioren-Politik bezogen, wurden von den Mitgliedern mit großem Beifall aufgenommen. In Kurzreferaten über Sinn und Zweck des Hospizwesens trugen Frau Müller und Frau Rodehorst vom Ambulanten Hospizdienst Burgwedel/Isernhagen ihre Erfahrungen über dieses ebenso aktuelle wie sensible Thema vor.

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts starben die Menschen durchweg zu Hause im Kreis der Familie. Auch heute würden die meisten Alten am liebsten zu Haus sterben.

Aber mehr als 80 Prozent sterben in Krankenhäusern oder Pflegeheimen. Um in dieser Umgebung das Sterben auch in Würde zu ermöglichen, und dort, wo die Medizin am Ende ist und keine Aussicht mehr auf Heilung besteht,

setzt das Hospizwesen ein, das begleitete, betreute Sterben, das weder hinausgezögert noch verkürzt wird. Dazu stehen der ehrenamtliche, ambulante Hospizbegleitdienst, der überwiegend von Frauen geleistet wird, oder die bundesweit 170 stationären Hospize bereit.

In einem weiteren Vortrag sprach die stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Heidemarie Mundlos, Braunschweig, erstmals vor der Senioren-Union über Senioren-Politik. Dabei stellte sie die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion zu diesem Thema in den Mittelpunkt.

Darin geht es u.a. um den Dialog zwischen Jung und Alt, um die veränderte Situation durch den demografischen Wandel, um das Heimgesetz, um Krankenhausfinanzierung oder auch um Verbraucherschutz.

Die schriftliche, über hundert Seiten lange Antwort der Landesregierung soll Ende November 2009 vorliegen. – Ein Beschluss des Kreisvorstandes zur Un-

terstützung des „Aktionsbündnisses Altenpflege“ wurde einstimmig angenommen.

Da der Kreisvereinigungs vorsitzende Rolf Diez nicht anwesend sein konnte, wurde die Versammlung vom Stellvertreter Eckard Keese souverän geleitet. Er trug auch den Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden vor, der nach kurzer Debatte einmütig gebilligt wurde. Zuvor hatte der Pressesprecher des Landesvorstands der Senioren-Union Niedersachsen, Rolf Zick, als es bei der Genehmigung des Protokolls um die Formulierungen bei den letzten Vorstandswahlen ging („Wahl des/der Schriftführers/in und Wahl des/der Schatzmeisters/in“, die Wähler/innen usw. usw.), den Vorschlag gemacht, man möge doch statt der grün-feministisch-ideologischen Geschlechterformulierungen gleich an den Anfang setzen:

In diesem Protokoll (oder in dieser Satzung usw.) gelten alle Bezeichnungen für beide Geschlechter gleichermaßen. Und schon der

(Fortsetzung auf Seite 35)

(Fortsetzung von Seite 34)

Altvater Duden habe gesagt: Der Plural gilt für beide Geschlechter. Die Versammlung nahm den Vorschlag an und quittierten ihn mit Beifall.

* * *

Die **Kreisvereinigung Meppen der Senioren-Union** trauert um ihren Ehrenvorsitzenden Paul Suilmann, der mit fast 88 Jahren am 17. September 2009 nach langer schwerer Krankheit verstorben ist. Suilmann war Mitbegründer der Senioren-Union im Altkreis Meppen im Mai 1989 und leitete die Kreisvereinigung Meppen elf Jahre.

Die **Senioren-Union der Kreisvereinigung Meppen** hatte sich vom 23. - 26. September trockenes Spätsommerwetter „ausgesucht“, um weite Teile des Odenwaldes kennen zu lernen. Vom Hotel Frankenbrunnen in Reinhardsachsen unternahm die Gruppe von 45 Mitgliedern Fahrten nach Heidelberg, Miltenberg, Michelstadt und ins Franziskanerkloster Engelberg. Unmittelbar vor der Bundestagswahl konnte sie dabei auch

die Werbeaktivitäten der Parteien kritisch beurteilen. Auf der Hinfahrt machte sie Rast im alten hessischen Stadtchen Büdingen.

* * *

Die **Senioren-Union der Kreisvereinigung Lingen** beging mit ihren Mitgliedern und den Vorständen aller Emsland-

„Zusammenhalt der Generationen - Herausforderung für unsere Familienpolitik“.

Im Rahmen dieser ganz-tägigen Veranstaltung konnten sich die Teilnehmer auch über die wesentlichen Investitionen der Stadt Lingen informieren, über die Oberstadtdirektor Pott berichtete. So werden z.B. für



Die Mitglieder der Senioren-Union bei ihrer Reise in das Land der Sorben

kreise am 2. September 2009 ihr 20jähriges Bestehen mit Referaten des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Heinrich Hövelmann, zu dem Thema „Die gesellschaftliche Entwicklung in unserer Region - eine Herausforderung und Chance für Alt und Jung“ und des Staatssekretärs im Bundesfamilienministerium, Dr. Hermann Kues, über

die Umbaumaßnahmen des alten Eisenhahnausbesserungswerkes zur Fachhochschule allein 45 Mill. € aufgewendet.

* * *

Unter der Leitung ihres Vorsitzenden Friedhelm Gronow unternahmen die Mitglieder und Freunde der **Senioren-Union Salzgitter** eine

(Fortsetzung auf Seite 36)

(Fortsetzung von Seite 35)

mehrtägige Reise in das Land der Sorben und Zittauer Berge. Höhepunkt der Reise waren die Städte Bautzen und Görlitz, die Klosteranlage der Zisterzienserinnen St. Marienthal an der Neiße und der Luftkurort Oybin mit der Bergkirche („Hochzeitskirche“) am Pfad zur Burg Oybin.

Sehr überrascht war die Reisegesellschaft von der sehr guten Bausubstanz in den Orten der ehemaligen DDR. Beindruckend war auch die Anlage des sorbischen Friedhofs in Ralbitz, auf dem nur Sorben in einheitlichen Gräbern mit Holzkreuzen in sorbischer Beschriftung beigehetzt werden. Ein empfehlenswertes Rei-

seziel war auch das ehemalige Lausitzer Bergbaugebiet mit dem Findlingspark „Nochten“, wo das Erinnerungsfoto entstand. Alle Reisetelnehmer waren von der Fahrt begeistert. Sie wollen im September 2010 die Insel Rügen und Fischland / Darß besuchen.

* * *

Die **Senioren-Union Kreisvereinigung Aurich** hat alle Mitglieder und Freunde zur Gründung von Ortsverbänden Norden, Norderney und Juist zum 1. Dezember 2009, 10.00 Uhr, nach Norden, Hotel Reichshof, eingeladen. Im Mittelpunkt der Gründungsversammlung wird eine Rede des Landesvorsitzenden der Senioren-Union Niedersachsen,

Impressum

Herausgeber:

Vorstand der
Senioren-Union der
CDU in Niedersachsen

Verantwortlich für den Inhalt:

Rolf Reinemann
CDU in Niedersachsen
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover.
Tel.: 0511/27991-53
Fax: 0511/27991-31
Email: Rolf-
Reinemann@online.de

Redaktion:

Rolf Zick
Weißdornweg 1
31275 Lehrte
Tel.: 05132/82 46 86
Fax: 05132/82 47 31
Email: mail@Rolf-
Zick.de

Zum Herunterladen aus dem Internet:

www.seniorenunion-niedersachsen.de

